

Selbstbewusst in die Zukunft: Lateinamerikas neue Unabhängigkeit

Detlef Nolte und Christina Stolte

Voller Überraschung blickte die Weltgemeinschaft im Dezember 2010 nach Lateinamerika: Der Kompromiss, der im Vorjahr bei den internationalen Klimaverhandlungen in Kopenhagen gescheitert war, gelang völlig unerwartet im mexikanischen Cancún. Der in letzter Sekunde gerettete Gipfel wurde international als großer Erfolg der mexikanischen Diplomatie gewertet.

Analyse

Nicht nur Mexiko positionierte sich im letzten Jahr als ernstzunehmender Spieler auf internationalem Parkett. Auch andere lateinamerikanische Staaten, insbesondere Brasilien, erfahren zunehmend Anerkennung in der internationalen Politik. Insgesamt erlebt die Region derzeit politisch wie wirtschaftlich einen enormen Aufschwung.

- Die rasche wirtschaftliche Erholung Lateinamerikas von der Weltwirtschaftskrise ist eine Folge veränderter Handelsströme. Die USA haben wirtschaftlich an Einfluss in Lateinamerika verloren; die Bedeutung Asiens und vor allem Chinas hat dagegen stark zugenommen.
- Der ökonomische Aufschwung lässt die lateinamerikanischen Regierungen selbstbewusster in der internationalen Politik agieren. Bei der Lösung globaler Fragen versuchen einzelne Regierungen verstärkt, einen konstruktiven und originären Beitrag zu leisten.
- Vor allem die südamerikanischen Regierungen nabeln sich organisatorisch mehr und mehr von den USA ab. Der Prozess der Institutionalisierung der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) ist 2010 vorangeschritten, bei der Beilegung regionaler Konflikte hat sie in Südamerika weitgehend die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verdrängt.
- Brasilien hat seine Führungsrolle in Lateinamerika gefestigt. Mittlerweile gehen von der brasilianischen Wirtschaft verstärkt Wachstumsimpulse für Südamerika aus.
- Der pragmatische Politikstil von Brasiliens Ex-Präsident Lula da Silva dominiert trotz weiter bestehender ideologischer Gegensätze mittlerweile die zwischenstaatlichen Beziehungen in Südamerika. Dieser außenpolitische Klimawandel wurde durch die Schwächung des venezolanischen Präsidenten Chávez mit begünstigt.

Schlagwörter: Lateinamerika, Außenpolitik, Wirtschaft, USA, China, regionale Beziehungen

Lateinamerikas schnelle wirtschaftliche Erholung

Das Jahr 2010 bot Lateinamerika reichlich Grund zum Feiern: Im Bicentenario, dem Jahr, in dem Lateinamerika mit großen Feierlichkeiten zum 200. Mal dem Beginn der erfolgreichen Unabhängigkeitsbewegungen gegen Spanien gedachte, kennzeichneten Euphorie und wachsendes Selbstbewusstsein die Region. Das nächste Jahrzehnt, so verkünden nicht nur stolzerfüllte lateinamerikanische Staatschefs, sondern auch eine wachsende Zahl von Ökonomen, könnte gar zur „lateinamerikanischen Dekade“ werden. Lateinamerika – so scheint es derzeit – gehört die Zukunft.

Tatsächlich hat sich die Region überraschend schnell von der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise erholt und zählt derzeit zu den Wachstumszentren der Weltwirtschaft. Der wirtschaftliche Einbruch in Folge der Finanzkrise war in Lateinamerika 2009 relativ gemäßigt ausgefallen. Das lateinamerikanische BIP war um lediglich 1,9 Prozent geschrumpft. In Brasilien ging das BIP nur leicht um 0,6 Prozent zurück, einige Länder in Südamerika wie etwa Argentinien, Bolivien, Ecuador, Peru und Uruguay überstanden die Krise sogar ohne Negativwachstum. Alle großen lateinamerikanischen Volkswirtschaften mit Ausnahme Venezuelas (-1,6 Prozent) befanden sich 2010 bereits wieder auf Wachstumskurs. Insgesamt verzeichnete Lateinamerika und die Karibik ein Wachstum von 6 Prozent. Besonders kräftig fiel der Wirtschaftsaufschwung im Mercosur aus: So verzeichnete Argentinien 8,4 Prozent und Brasilien 7,7 Prozent Wachstum, die kleineren Mercosur-Volkswirtschaften Paraguay und Uruguay konnten sogar ein Wachstum von 9,7 Prozent und 9,0 Prozent verbuchen. Brasilien hat sich für die Nachbarländer im Mercosur zu einem wichtigen Wachstumsmotor entwickelt. Durchschnittlich ein Viertel der gemeinsamen Exporte Argentiniens, Paraguays und Uruguays gehen nach Brasilien. Nach statistischen Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) führen 10 Prozent Wachstum in Brasilien zu einem Wachstum von 3 Prozent in Argentinien. Auch 2011 dürfte sich das lateinamerikanische Wachstum (leicht abgebremst) fortsetzen. Angesichts dieser Wirtschaftsdaten verwundert es nicht, dass laut Latinobarómetro mittlerweile zwei von fünf Lateinamerikanern ihr Land vorankommen sehen – wohlgerne die be-

sten Werte, die das Latinobarómetro, das 1996 seine Arbeit aufnahm, bisher verzeichnen konnte. In Brasilien sahen zuletzt sogar fast 70 Prozent der Befragten ihr Land auf dem richtigen Weg.

Die USA verlieren an wirtschaftlichem Einfluss

Während die USA weiterhin mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise zu kämpfen haben und mit hohen Arbeitslosenzahlen und wachsender Armut konfrontiert sind, hat Lateinamerika die Krise nicht nur gut gemeistert, sondern bereits hinter sich gelassen. Zwar bleiben die USA und Lateinamerika füreinander wichtige Wirtschaftspartner, doch die Zeiten, in denen die lateinamerikanischen Volkswirtschaften sogleich an Grippe erkrankten, wann immer die USA nur einen leichten Husten verspürten, scheinen der Vergangenheit anzugehören. Lateinamerikas Unabhängigkeit manifestiert sich heute nicht nur gegenüber der alten Kolonialmacht Spanien, sondern auch mit Blick auf die ausgeprägte wirtschaftliche Abhängigkeit, in der die Region lange Zeit zu den USA stand.

Während Lateinamerika für die USA weiterhin ein wichtiger Exportmarkt bleibt (zwischen 2000 und 2009 entfielen durchgehend knapp über ein Fünftel der US-Exporte auf Lateinamerika), ist der Anteil der USA am Außenhandel Lateinamerikas deutlich rückläufig: Gingen im Jahr 2000 noch über 60 Prozent der lateinamerikanischen Exporte in die USA, so waren es am Ende Dekade weniger als 40 Prozent. Noch deutlicher fällt der Trend beim Anteil der Importe aus den USA an den lateinamerikanischen Importen insgesamt aus, er ging von 55 Prozent auf weniger als 30 Prozent zurück. Allerdings sind die USA für Mexiko, die meisten zentralamerikanischen Länder und die Länder im nördlichen Südamerika immer noch der bei Weitem wichtigste Handelspartner. Demgegenüber ist der Anteil der Exporte aus Chile und den Mercosur-Ländern in die USA mit ungefähr 10 Prozent (2009) relativ niedrig. Die USA sind im südlichen Lateinamerika damit zwar kein unbedeutender Handelspartner, aber nur noch einer unter vielen wichtigen Handelspartnern.

Der relative Rückgang der Handelsanteile der USA in Lateinamerika ist dabei nicht auf einen Bedeutungsgewinn Europas zurückzuführen. Zwar

stieg der Anteil der Importe aus Lateinamerika an den Importen der EU insgesamt zwischen 2000 und 2009 leicht von 5,5 auf 6,2 Prozent, der Anteil der Exporte nach Lateinamerika war jedoch rückläufig (2000: 7 Prozent; 2009: 6 Prozent).

Entscheidend für die Veränderung der Handelsströme von und nach Lateinamerika ist vielmehr das wachsende Gewicht Asiens und vor allem Chinas. Mehr als ein Fünftel der Exporte und mehr als ein Drittel der Importe Lateinamerikas entfallen mittlerweile auf Asien. Schon 2009 gingen in vier von zehn südamerikanischen Ländern (Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay) mehr Exporte nach China als in die USA. Nur noch in drei südamerikanischen Ländern haben die USA noch deutlich die Oberhand – in Ecuador, Kolumbien und Venezuela.

Neuer Partner China?

Es wird erwartet, dass Lateinamerika ab 2014/2015 mehr Handel mit China als mit der EU betreibt. Die Handelsbeziehungen mit dem asiatischen Giganten haben in den letzten Jahren eine ungeheure Dynamik entfaltet: Noch zu Beginn des Jahrzehnts betrieben Lateinamerika und China so gut wie gar keinen Handel miteinander, 2010 ist das asiatische Land bereits – betrachtet man die Mitgliedsländer der EU einzeln – der zweitwichtigste Handelspartner der Region, nach den USA. Innerhalb der letzten Dekade hat sich das Handelsvolumen zwischen China und den lateinamerikanischen Staaten mehr als verzehnfacht.

Vor allem aufgrund des ungebrochenen Rohstoffhungers Chinas blieb Lateinamerika von den erwarteten Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise verschont. Doch trotz der erfreulichen Handelsentwicklung für Lateinamerika mehren sich kritische Stimmen, die davor warnen, die alte Abhängigkeit von den USA gegen eine neue einzutauschen. Denn die asiatische Wirtschaftsmacht interessiert sich fast ausschließlich für Rohstoffe; weiterverarbeitete Industrieprodukte importiert sie dagegen so gut wie gar nicht. Die Befürchtung liegt daher nahe, dass Lateinamerika erneut zum Rohstofflieferanten für weit entfernte Weltregionen wird, während die Entwicklung eigener wettbewerbsfähiger Industrien auf

der Strecke bleibt. Auf dem von der Interamerikanischen Entwicklungsbank veranstalteten chinesisches-lateinamerikanischen Handelsgipfel im chinesischen Chengdu wurden daher vermehrt Stimmen laut, die vor einer erneuten „Kolonisierung Lateinamerikas“ warnten.¹

Doch nicht für alle Staaten Lateinamerikas stellt sich die Problematik gleich dar: Während die rohstoffreichen Staaten Südamerikas (besonders Brasilien, Argentinien, Peru, Chile) wirtschaftlich von der chinesischen Nachfrage profitieren konnten und lediglich über die einseitige Ausrichtung ihrer Volkswirtschaften auf Rohstoffe besorgt sind, sind die Schattenseiten der Wirtschaftsbeziehungen mit China für Mexiko und die zentralamerikanischen Staaten schon jetzt deutlich spürbar. So stehen die *Maquila*-Industrien dieser Staaten mit chinesischen Waren in direkter Konkurrenz um den US-Markt. Zudem exportieren sie nicht im großen Maßstab Rohstoffe nach China und haben daher meist eine negative Handelsbilanz mit der asiatischen Wirtschaftsmacht.

Zwar sind die lateinamerikanischen Staaten weit davon entfernt, ihre Wirtschaftsbeziehungen zu China drosseln zu wollen, doch viele Länder der Region sind nach einer Phase der ersten Euphorie vorsichtiger geworden. Die Staaten haben das Engagement Chinas in Afrika kritisch verfolgt und sind sich der potenziellen Gefahren der neuen Wirtschaftsbeziehungen sehr bewusst. So haben einige südamerikanische Staaten den Erwerb von Landbesitz durch ausländische Firmen mithilfe neuer Gesetze erschwert oder sogar ganz verboten. Die Soja-Produzenten Argentinien, Brasilien und Paraguay stellen zudem Überlegungen zur Gründung einer Art „Soja-OPEC“ an, um China als dem weltgrößten Abnehmer dieses Rohstoffes (etwa 50 Prozent des weltweit produzierten Sojas) auf Augenhöhe gegenüberzutreten zu können. Auch die Verhandlungen zwischen China und dem Mercosur um ein Handelsabkommen gestalten sich schwierig und zäh – zu deutlich haben die Mercosur-Staaten die Gefahr für ihre heimischen Industrien vor Augen, die mit den billigen chinesischen Fertigwaren nicht konkurrieren können. Zudem blockieren die diplomatischen Beziehungen Paraguays mit Taiwan den Abschluss eines Abkommens mit China.

¹ China ist seit Januar 2009 Mitglied der Interamerikanischen Entwicklungsbank.

Tabelle 1: Anteil verschiedener Handelspartner am Außenhandel Lateinamerikas (in %)

Exporte	2000	2006	2008	2009
Lateinamerika und Karibik	19,0	16,4	18,4	17,2
Asien (ohne China)	5,0	9,7	11,8	14,5
China	1,1	3,4	5,0	6,9
USA	61,0	47,6	41,4	39,8
EU	11,8	12,8	13,7	12,8
Importe	2000	2006	2008	2009
Lateinamerika und Karibik	15,1	18,9	18,9	18,8
Asien (ohne China)	10,9	22,2	23,5	24,9
China	1,8	8,4	10,4	11,8
USA	55,0	32,4	29,0	29,2
EU	12,1	12,8	13,5	13,8

Quelle: CEPAL (2010), *Panorama de la Inserción Internacional de América Latina y el Caribe 2009-2010*, Santiago de Chile, 142.

Lateinamerikas Platz in der neuen Weltordnung

China hat sich in wirtschaftlicher Hinsicht innerhalb kürzester Zeit zu einem bedeutsamen, aber nicht ganz unumstrittenen Partner Lateinamerikas entwickelt. Im politischen Bereich gibt es bislang hingegen wenig Zusammenarbeit. Obwohl China und Lateinamerika viele Herausforderungen teilen, beschränken sich die Beziehungen bisher im Wesentlichen auf den gemeinsamen Handel. Kooperationspotenzial in entwicklungspolitischen Fragen, beispielsweise bei der Nutzung erneuerbarer Energien, bei Verkehrsmodellen für Megastädte oder im Umgang mit Luft- und Wasserverschmutzung in urbanen Ballungszentren, blieb bis jetzt weitgehend ungenutzt.

Auch in Fragen der globalen Ordnungspolitik verbindet Lateinamerika und China nicht so viel, wie ein erster Blick vermuten ließe. Zwar streben beide nach einer multipolaren Weltordnung, doch hierin erschöpft sich die gemeinsame Zielsetzung schon weitgehend. China hat als festes Mitglied des UN-Sicherheitsrates wenig Interesse an der von Lateinamerika (insbesondere Brasilien) angestrebten Reform des Gremiums. Kritik an China wurde in den vergangenen Jahren darüber hinaus in Bezug auf dessen Haltung in klima- und

währungspolitischen Angelegenheiten laut: Die Blockadehaltung Chinas auf dem Klimagipfel in Kopenhagen 2009 kam in den vom Klimawandel betroffenen Ländern Lateinamerikas ebenso wenig gut an wie die seit Jahren betriebene, künstliche Unterbewertung der chinesischen Währung Yuan, welche die lateinamerikanischen Exportgüter relativ verteuert und damit zu Wettbewerbsnachteilen führt. Zwar würden einige Staaten die aufstrebende asiatische Großmacht aufgrund ihres internationalen Gewichts gern zu ihren Partnern zählen, von einer Herausbildung politischer Allianzen zwischen China und Lateinamerika kann bislang aber keine Rede sein. Denn statt sich politisch eng an den neuen Handelspartner anzulehnen, bezieht die Region zunehmend eigenständige Positionen in internationalen Fragen.

Selbst wenn zwischen den Staaten Lateinamerikas häufig Uneinigkeit besteht und man nicht von einer gemeinsamen lateinamerikanischen Haltung sprechen kann, hat die Region in den letzten Jahren deutlich an politischem Profil und internationalem Gewicht gewonnen. Lateinamerika versteht sich dabei nicht als Juniorpartner der etablierten Mächte USA, EU oder China, sondern be-

tritt zunehmend selbstbewusst die internationale Bühne und beansprucht eine Rolle als eigenständiger Akteur in der aufziehenden neuen Weltordnung.

Besonders augenscheinlich ist diese Entwicklung im Fall von Brasilien, das sich in den letzten Jahren zu einem regelrechten *Global Player* entwickelt hat. Das gewachsene internationale Gewicht Brasiliens zeigte sich beispielhaft im April 2010, als die Präsidenten der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) zusammentrafen und zeitgleich das IBSA-Dialogforum mit den Präsidenten Indiens, Brasiliens und Südafrikas in Brasilien tagte. Bei beiden Treffen wurde versucht, gemeinsame Positionen zu Fragen der internationalen Politik (G-20, internationale Finanzarchitektur) zu artikulieren. Der Gestaltungsanspruch des südamerikanischen Landes weist somit weit über die eigene Region hinaus. Seit Anfang 2010 hält Brasilien zudem für zwei Jahre einen Sitz im UN-Sicherheitsrat und unterstreicht damit seinen Anspruch auf eine Mitgestaltung der Weltpolitik. Als aufstrebende Macht ist Brasilien auch mehr und mehr gewillt, globale Verantwortung zu übernehmen. Auf dem Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 setzte sich das einst wegen seiner massiven Tropenwaldzerstörung kritisierte Land energisch für den weltweiten Klimaschutz ein und zeigte sich bereit, freiwillige Verpflichtungen zur Reduktion seiner Emissionen einzugehen. Auch zur internationalen Friedenssicherung leistet Brasilien einen wichtigen Beitrag, indem es seit 2004 die MINUSTAH-Mission auf Haiti leitet. Abgerundet wird der Aufstieg des südamerikanischen Landes in die erste Liga der Weltmächte durch den Rollenwechsel vom einstigen Entwicklungshilfeempfänger zum Helfer und Vorbild ärmerer Staaten in Lateinamerika und Afrika, die Brasilien im Rahmen von sogenannten Süd-Süd-Kooperationen unterstützt.

Zusätzlich zum zunehmenden Einfluss bei globalen Fragen hat Brasilien seine Führungsrolle in Südamerika und teilweise auch in Gesamtlateinamerika konsolidiert und seine Stellung als Herausforderer der USA in der Region gefestigt. Fragt man nach dem lateinamerikanischen Staat, der am stärksten eine Führungsfunktion ausübe, so wird von 19 Prozent der Lateinamerikaner Brasilien genannt (in Argentinien und Uruguay sogar von jeweils der Hälfte der Befragten).

Doch nicht nur Brasilien ist mittlerweile ein Protagonist auf internationaler Ebene. Auch andere Staaten der Region streben international zunehmend aktive Rollen an und sind bereit, hierfür auch mehr und mehr Verantwortung in globalen Anliegen zu übernehmen. So sind neben Brasilien auch Mexiko und Argentinien in der Gruppe der 20 größten Industrie- und Schwellenländer (G-20) vertreten und sitzen bei den Verhandlungen über die neue globale Finanzordnung mit am Tisch. Mit Mexiko übernimmt 2012 sogar ein lateinamerikanischer Staat den Vorsitz des gewichtigen internationalen Gremiums. Globale Aufmerksamkeit wurde Mexiko zudem im Dezember 2010 zuteil, als dort die Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP-16) ausgerichtet wurde. Obwohl im Vorfeld des Gipfels niemand eine Chance auf Einigung sah, gelang es der mexikanischen Außenministerin Patricia Espinosa durch Verhandlungsgeschick die Klimakonferenz zum Erfolg zu führen.

Das neue Selbstbewusstsein Lateinamerikas auf der internationalen Bühne spiegelt sich auch in Meinungsumfragen wider. In einer im Juni 2010 veröffentlichten Studie des Latinobarómetro zu Lateinamerikas Blick auf die Welt waren 41 Prozent der befragten Lateinamerikaner der Meinung, die Welt bewege sich in die richtige Richtung (2003: 27 Prozent), von den befragten Brasilianern waren es sogar 61 Prozent.

Lateinamerika den Lateinamerikanern

In den vergangenen Jahren hat sich die Tendenz verstärkt, regionale oder subregionale Organisationen in den Amerikas zu gründen, denen die USA nicht angehören oder die sogar explizit mit dem Ziel gegründet werden, die USA auszuschließen oder den Einfluss von regionalen Organisationen zu mindern, denen die USA angehören. Nach einem ersten Gipfeltreffen im Dezember 2008 in Brasilien wurde im Februar 2010 in Mexiko die Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (CELAC) gegründet, der die USA und Kanada nicht angehören.

Wesentlich weiter fortgeschritten im Prozess ihrer Institutionalisierung ist die Union Südamerikanischer Staaten (UNASUR), der alle südamerikanischen Staaten angehören – einschließ-

lich Surinam und Guyana. Die UNASUR baut auf der 2004 gegründeten Gemeinschaft Südamerikanischer Nationen (CNS) auf, die sich 2007 in UNASUR umbenannte. Der Gründungsvertrag der neuen Regionalorganisation wurde mittlerweile von neun der zwölf Mitgliedsstaaten ratifiziert. Zwischenzeitlich hat sich die Organisation verfestigt. Es wurde ein Generalsekretariat in Quito eingerichtet und mit dem ehemaligen argentinischen Präsidenten Nestor Kirchner wurde im Mai 2010 ein renommierter Politiker zum Generalsekretär gewählt, der jedoch kurze Zeit nach seinem Amtsantritt verstarb. Zusätzlich wurden für verschiedene Politikfelder mehrere Unterorganisationen gegründet wie etwa der Südamerikanische Verteidigungsrat, der inzwischen auch international Anerkennung gefunden hat.

Mittlerweile konkurriert die UNASUR mit anderen regionalen Organisationen wie etwa der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) um die Vorherrschaft in verschiedenen Politikfeldern. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Sicherheitspolitik und die friedliche Konfliktbeilegung. Wichtige zwischen- und innerstaatliche Konflikte in Südamerika wurden seit ihrer Gründung im Rahmen der neuen südamerikanischen Regionalorganisation beigelegt. Beispiele hierfür sind die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der bolivianischen Zentralregierung und einzelnen Provinzen 2008, der Konflikt zwischen Kolumbien und Ecuador nach dem völkerrechtswidrigen Angriff der kolumbianischen Luftwaffe auf einen Guerillastützpunkt der FARC auf ecuadorianischem Territorium 2009 sowie die diplomatischen Spannungen zwischen Venezuela und Kolumbien in der ersten Jahreshälfte 2010. Auch bei der Meuterei von Polizeieinheiten gegen Ecuadors Präsident Rafael Correa Ende September 2010 bezog die UNASUR schnell Position und unterstützte den bedrängten Präsidenten.

Seit November 2010 verfügt die UNASUR – ähnlich wie die OAS – über eine Demokratieklausele, die Sanktionen im Falle eines gewaltsamen Sturzes einer gewählten demokratischen Regierung vorsieht. Dies ist auch eine Reaktion auf die ambivalente Haltung einiger OAS-Mitglieder (vor allem der USA) nach dem Sturz von Präsident Manuel Zelaya in Honduras 2009.

Erfreulich stimmt vor diesem Hintergrund, dass nach den Umfragen des Latinobarómetro in

den vergangenen Jahren – sicherlich auch als Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs – die Zustimmung zur Demokratie deutlich zugenommen hat. Von den befragten Lateinamerikanern zogen 2010 61 Prozent die Demokratie jeglicher anderen Regierungsform vor (2001: 48 Prozent). Trotz möglicher Probleme hielten 77 Prozent (2003: 64 Prozent) die Demokratie für das beste Regierungssystem. Die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie im eigenen Land ist seit 2001 von 25 auf 44 Prozent gestiegen. Allerdings – und dies ist ein Wermutstropfen – sind knapp über die Hälfte der Befragten immer noch unzufrieden mit der Arbeit der demokratischen Institutionen.

Ein Neuer Trend zum Pragmatismus

In den letzten Jahren war insbesondere Südamerika durch eine tiefe politische Spaltung geprägt: Lagerdenken und ideologisch aufgeladene Rhetorik bestimmten häufig die intraregionalen Beziehungen, medial ausgetragene Streitigkeiten zwischen den Staatschefs bis hin zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen (Ecuador-Kolumbien, Venezuela-Kolumbien) gehörten zum politischen Alltag. Bedeutenden Anteil an dem aufgeheizten Klima hatte der venezolanische Präsident Hugo Chávez, der in den Jahren vor Ausbruch der Wirtschaftskrise mithilfe seiner Petrodollars erheblichen Einfluss in der Region entwickelte und durch seine kompromisslose, oftmals provozierende Art, seine lateinamerikanischen Amtskollegen zwang, sich innerhalb seines Freund-Feind-Schemas zu positionieren.

Seit August 2010 hat sich das außenpolitische Klima jedoch merklich entspannt und eine ganze Reihe langjähriger zwischenstaatlicher Streitigkeiten konnten überraschend schnell beigelegt werden. So haben Argentinien und Uruguay ihren Konflikt um die Papierfabrik am Río Uruguay weitgehend begraben, Ecuador und Kolumbien haben nach fast zweijähriger Eiszeit wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen und Kolumbien und Venezuela, die kurz zuvor fast am Rande eines Krieges zu stehen schienen, beschwören heute die Zusammenarbeit im Kampf gegen Aktivitäten der kolumbianischen Guerilla.

Doch wie kam es zu diesem „Tauwetter“ in den regionalen Beziehungen? Noch zu Beginn des Jah-

res war man angesichts der guten Wahlchancen der rechten Präsidentschaftskandidaten in Chile, Kolumbien und Brasilien von einem bevorstehenden „Rechtsruck“ und der Formierung eines anti-chávistischen Blocks ausgegangen. Doch der Wahlsieg von Sebastián Piñera in Chile und von Juan Manuel Santos in Kolumbien (in Brasilien unterlag José Serra der linken Kandidatin Dilma Rousseff) übersetzte sich nicht in die erwartete Richtung.

Statt an ihre scharfe Kritik aus Wahlkampfzeiten anzuknüpfen, zeigten sich Piñera und Santos nach ihren Vereidigungen wesentlich toleranter als zuvor und priesen zur Überraschung vieler plötzlich die politisch-ideologische Vielfalt Lateinamerikas. So verkündete der chilenische Präsident, der aufgrund seiner markigen Sprüche über Hugo Chávez bereits als neuer Gegenspieler des venezolanischen Regierungschefs gesehen wurde, kurz nach seinem Amtsantritt: „Es lebe die Vielfalt! Weder denke ich wie die venezolanische Regierung, noch denkt die venezolanische Regierung so wie ich. Aber ich glaube, dass wir dennoch viel gemeinsam bewegen können.“ Auch der als Hardliner bekannte Santos, der als kolumbianischer Verteidigungsminister 2008 den Militärschlag gegen ein Lager der kolumbianischen Guerilla FARC auf ecuadorianischem Boden bewilligt und damit maßgeblichen Anteil an den schlechten Beziehungen zu den Nachbarstaaten Ecuador und Venezuela hatte, offenbarte nach der Wahl seine diplomatische Seite. Bereits drei Tage nach seinem Amtsantritt empfing er den venezolanischen Präsidenten, um nach der Verschärfung der Spannungen unter seinem Vorgänger Uribe einen Neuanfang mit dem Nachbarstaat zu versuchen.

Nach Jahren der ideologischen Blockbildung und rhetorischen Konfrontation zwischen den politischen Lagern der Region prägen Piñera und Santos damit einen neuen, pragmatischeren Umgang unter den südamerikanischen Staaten. Mit ihrer an sachlichen Zielen orientierten Außenpolitik setzen die beiden Präsidenten einen Trend zur Entideologisierung lateinamerikanischer Außenpolitik und leisten auf diese Weise einen wichtigen Beitrag zur Entspannung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Südamerika.

Damit hat sich gewissermaßen als Vermächtnis seiner beiden Präsidentschaften der außenpolitische Stil des scheidenden brasilianischen Prä-

sidenten Luiz Inácio Lula da Silva in der Region durchgesetzt. Dessen Außenpolitik war geprägt von einem politischen Pragmatismus, mit dem er versuchte, ideologisch sehr unterschiedlich ausgerichtete Präsidenten in die südamerikanische Staatengemeinschaft einzubinden. Selbst mit den USA – gerade auch unter Präsident George W. Bush – pflegte er eine zwar interessengeleitete, aber auf der persönlichen Ebene konziliante und auf Dialog ausgerichtete Außenpolitik.

Doch die eintretende Beruhigung des außenpolitischen Klimas in der Region ist nicht allein das Produkt eines politischen Stilwandels. Entscheidend ist auch die rückläufige regionale Bedeutung von Hugo Chávez, der die lateinamerikanischen Staaten jahrelang spaltete und so die außenpolitische Großwetterlage der Region beeinflusste. Als Präsident des einzigen Landes der Region, das nach wie vor in einer schweren Rezession steckt und auch im Verlauf des Jahres 2011 nur ein äußerst geringes Wirtschaftswachstum erwartet, fehlen Chávez nicht nur die finanziellen Ressourcen für eine Weiterführung seiner Scheckbuch-Diplomatie. Mit der zunehmend augenscheinlichen Misswirtschaft in Venezuela hat auch das chávistische Politik- und Wirtschaftsmodell deutlich an Anziehungskraft für andere Staaten verloren.

Durch den Einflussrückgang von Hugo Chávez hat sich Raum für eine pragmatischere Außenpolitik in Lateinamerika eröffnet, wie sie derzeit von den Präsidenten Chiles und Kolumbien, Piñera und Santos, betrieben und zukünftig vermutlich auch von der neuen brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff verfolgt werden wird. Zudem hat der politische Abgang des kolumbianischen Präsidenten Álvaro Uribe, der als Hauptgegenspieler von Chávez in der Region galt, Chávez zumindest zeitweise besänftigt und damit die Chance für eine pragmatische Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Staaten über politisch-ideologische Grenzen hinweg geschaffen.

■ Die Autoren

Prof. Dr. Detlef Nolte ist Vizepräsident des GIGA German Institute of Global and Area Studies und Direktor des GIGA Instituts für Lateinamerika-Studien; er unterrichtet Politische Wissenschaft und Lateinamerika-Studien an der Universität Hamburg.

E-Mail: <nolte@giga-hamburg.de>; Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/nolte>>

Christina Stolte ist Doktorandin am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien und promoviert im Rahmen der „Hamburg International Graduate School for the Study of Regional Powers“. Derzeit ist sie als externe Mitarbeiterin am Auswärtigen Amt tätig.

E-Mail: <stolte@giga-hamburg.de>; Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/stolte>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Innerhalb des Forschungsteams „Macht, Führung und regionale Ordnung“ befassen sich Wissenschaftler/innen des Instituts für Lateinamerika-Studien mit dem Wandel regionaler Ordnungsstrukturen in der Region. Seit Januar 2008 besteht am GIGA in Kooperation mit der Universität Oxford, dem Sciences Po in Paris und der Universität Hamburg das Regional Powers Network (RPN), das die Interessen und Strategien regionaler Führungsmächte analysiert. Seit Anfang 2010 besteht in Kooperation mit der Universität Hamburg die „Hamburg International Graduate School for the Study of Regional Powers“.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bechle, Karsten (2010), *Der VI. Gipfel zwischen EU, Lateinamerika und Karibik: strategische Partner im Wartestand*, GIGA Focus Lateinamerika, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Flemes, Daniel (2010), *O Brasil na iniciativa BRIC: soft balancing numa ordem global em mudança?*, in: *Revista Brasileira de Política Internacional*, 53, 1, 141-156.

Flemes, Daniel und Detlef Nolte (2010), *Alianzas externas en armamento y defensa. Una nueva dimensión en la agenda de seguridad Latinoamericana*, in: *Foreign Affairs Latinoamérica*, 10, 1, 22-33.

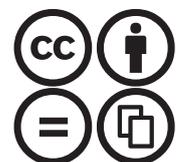
Flemes, Daniel und Lotte Westermann (2009), *Konkurrierender Regionalismus: Fünf Jahre UNASUR und ALBA*, GIGA Focus Lateinamerika, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Günther, Erika und Hartmut Sangmeister (2010), *Kann Lateinamerika die Millennium Development Goals erreichen?*, GIGA Focus Lateinamerika, 10, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Nolte, Detlef und Christina Stolte (2009), *Ein Neuanfang in den Amerikas. Zur Lateinamerikapolitik der Regierung Obama*, GIGA Focus Lateinamerika, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Michael Radseck; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes
Lektorat: Julia Kramer; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM